

NZZ am Sonntag

Bundesratswahlen

Das Dreierticket der FDP ist Ausdruck welscher Arroganz

Den Deutschschweizern steckt die Rücksichtnahme auf Minderheiten derart in der Polit-DNA, dass niemand zu sagen wagt, was der Dreiervorschlag der FDP für die Bundesratswahlen wirklich ausdrückt: welsche Arroganz. Die Bundesverfassung fordert, dass bei der Zusammensetzung der Landesregierung die Landesteile angemessen berücksichtigt werden sollen. Dieses Kriterium ist in Bezug auf die Romandie, die gegenwärtig drei Vertreter im Bundesrat weiss, gut erfüllt, denn rechnerisch gesehen läge der Anspruch bei weniger als zwei Magistraten. Gar nicht vertreten ist dagegen seit Jahren die Ostschweiz. Und das Tessin sollte endlich wieder einmal einen Bundesrat stellen dürfen und hat mit Ignazio Cassis auch einen wählbaren Kandidaten nominiert. Doch gleich mit einem Doppelpaket will die Romandie nun die Tessiner Hoffnungen zerstören und weiter mit drei Bundesräten in der Regierung klar übervertreten sein. Würden die Welschen so von den Deutschschweizern behandelt, wäre die Empörung ennet der Saane gewaltig. Doch jetzt, wo sie gegenüber den Tessinern selbst die Mehrheit bilden, spielen sie Machtpolitik in Reinkultur. Man wird ihnen die Rolle der schutzbedürftigen Minderheit, die sie zu ihrem Vorteil gegenüber den Deutschschweizern so virtuos geben, in Zukunft nicht mehr tel quel abnehmen müssen. (fem.)

Migrationspolitik

Angela Merkel wagt Neues, und das ist gut so

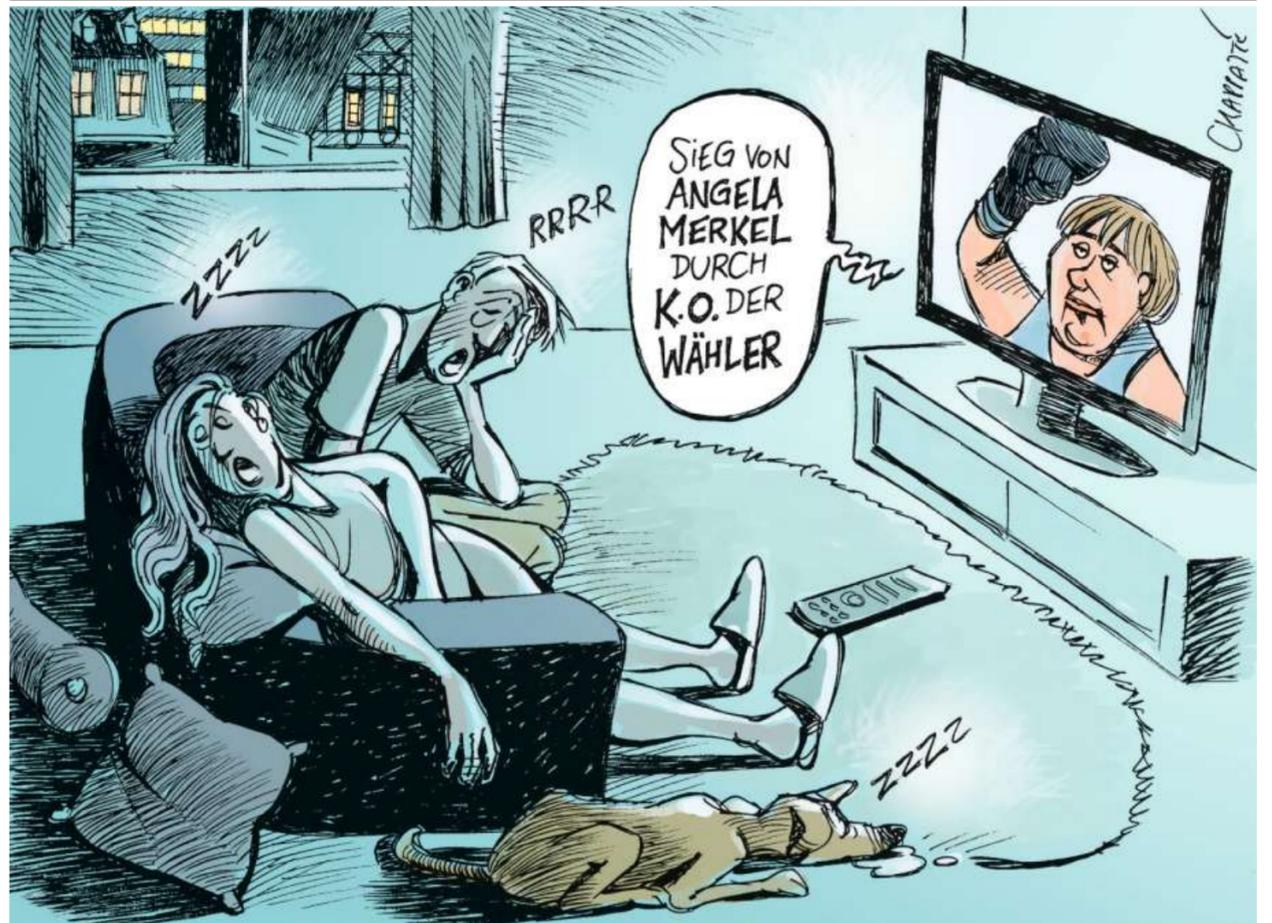
«Wir schaffen das», sagte sie vor zwei Jahren. In der Folge strömten eine Million Migranten nach Deutschland. Jeder andere Politiker hätte diese Menschenlawine politisch nicht überlebt. Angela Merkel schon. Die Bundeskanzlerin steht heute so gut da wie kaum je zuvor. Auch wenn der Satz noch immer an ihr haftet: Längst hat Merkel die Willkommenskultur durch eine Abschottungspolitik ersetzt. Die Balkanroute ist gekappt auch dank einem von ihr vorangetriebenen EU-Abkommen mit der Türkei, und nun ist die Mittelmeerroute ebenfalls dicht. Merckels neuer Plan, den sie mit Frankreichs Emmanuel Macron umsetzen möchte, ist es, die EU weiter abzuschirmen und die potenziellen Flüchtlinge schon in Afrika zu stoppen. Dazu sind ihr auch Lager im Libyen recht. Sie verspricht den afrikanischen Staaten Wirtschaftshilfe und Kontingente für die legale Migration. Der Plan ist ambitiös. Doch Europa hat keine Alternativen. Wenn die Lager von der Uno-Flüchtlingskommission geführt sind, spricht wenig dagegen. Auch Kontingente sind richtig, das normalisiert die Beziehungen zum schwarzen Kontinent. Vielleicht hat Merkel Erfolg. Das wäre zu hoffen: Bisher war die EU-Migrationspolitik ein einziges Trauerspiel. (ami.)

Naturkatastrophen

Nicht alles interessiert gleich

In Texas hat ein Hurrikan über 40 Menschen das Leben gekostet, gleichzeitig hat der Monsun in mehreren Ländern Asiens über 2000 Todesopfer gefordert. Über die Fluten in Texas berichteten die Medien grösser als über jene in Asien - und schon wird im Gestus der Empörung die ungleiche Berichterstattung westlicher Medien beklagt. Die «Süddeutsche Zeitung» vermutet gar «postkoloniale Überheblichkeit» und «rassistische Vorstellungen». Das ist Unsinn. Tote sind überall gleich schlimm. Aber der Nachrichtenwert eines Vorfalls bemisst sich nicht mechanisch und streng proportional nach Opferzahlen, sondern auch nach Nähe zum Publikum. Nicht nur geografisch, auch kulturell. Andernfalls wäre der Erdbeben von Bongo höchstens fünf Zeilen wert. (tis.)

Chappatte



Der externe Standpunkt

Warum wir in Europa die Religion dringend brauchen

Der Jihadismus bringt nicht nur den Islam in Misskredit. Immer mehr Menschen halten Religion pauschal für rückständig. Dieses Urteil ist falsch und gefährlich, findet Michael Rüegg

Die Jihadisten können militärisch nicht gewinnen, weder im Nahen Osten noch in Europa. Ihre Morde stellen uns aber auf eine harte Probe. Wie viele Attacken per Lastwagen oder Auto ertragen wir in den Vergnügungsvierteln unserer Metropolen? Wie würde unsere Reaktion ausfallen bei einem Terrorangriff mit Tausenden Toten wie damals am 11. September 2001?

Dass uns die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien bereits jetzt schwerfällt, zeigen die jüngsten Anschläge in Paris, London oder Barcelona. Die Attentäter wurden liquidiert, nicht gefangen genommen und der Justiz übergeben.

Der Hass der Jihadisten ist auch Wasser auf die Mühlen von westlichen Religionskritikern, etwa den evolutionären Humanisten oder den atheistischen Freidenkern. Diese behaupten, eine Welt ohne Religion sei eine bessere, friedlichere Welt. Das ist ein gefährlicher Trugschluss. Die religiöse Vielfalt ist, um an einen Gedanken von Jürgen Habermas anzuknüpfen («Zwischen Naturalismus und Religion», 2009), ein Gradmesser für unsere individuellen Rechte. Ein Blick auf die aktuelle Weltkarte zeigt, weshalb: Nur dort, wo Menschen die Freiheit haben, zu sagen, was sie denken, und zu glauben, was sie wollen, finden wir demokratische Rechtsstaaten. Auch die jüngere Geschichte ist dafür Beleg: Alle Regime, die die Religionsfreiheit unterdrückten, waren ausnahmslos verbrecherisch.

Wer Religion verteidigt, verteidigt also unsere Freiheit. Freilich ist es nicht so einfach. Entscheidend ist, dass man zwischen persönlicher Überzeugung und politischer Macht zu unterscheiden weiss. Das gilt für religiöse wie nichtreligiöse Bürger.

Für mich als Katholiken heisst das beispielsweise, Abstand zu nehmen - so wie es das Zweite Vatikanische Konzil in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts festgeschrieben hat - von der Idee eines katholischen Gottesstaates. Für nichtreli-

giöse Bürger bedeutet es, keine religionsfreie Gesellschaft anzustreben, sich also von militanten Atheisten oder radikalen Freidenkern zu distanzieren. Für alle gilt: Die persönliche Überzeugung darf nicht zu einem Massstab für andere Menschen gemacht werden.

Gesellschaften, die die Trennung von Macht und Moral ablehnen, verachten individuelle Rechte. Aktuelle Beispiele dafür sind das Königreich Saudiarabien oder die Demokratische Volksrepublik Korea. Dort herrschen brutale Gesinnungsdiktaturen. Andersdenkende Bürger werden verfolgt und gedemütigt. Hier zeigt sich auch: Der religiöse Fundamentalismus und der totalitäre Atheismus sind wesensverwandt. Sie sind beide Feinde der Freiheit.

Bürger westlicher Gesellschaften müssen beide extremen Pole meiden. Sie müssen ein gelassenes Verhältnis zwischen Macht und Moral verteidigen, egal, ob sie religiös sind oder nicht. Diese tolerante Haltung fällt zunehmend schwer. Mit jedem Terror-

anschlag wächst die Gefahr einer weiteren Polarisierung, links wie rechts.

Vielleicht geraten wir in Europa in den nächsten Jahren in eine vergleichbare Bedrohungslage, wie sie der Staat Israel bereits heute erlebt. Dort lässt sich im Fokus der Weltöffentlichkeit beobachten, welche militärischen, wirtschaftlichen und individuellen Anstrengungen es eine westliche Gesellschaft kostet, die eigene Existenz gegen innere und äussere Feinde zu verteidigen, ohne den Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit und Religionsfreiheit preiszugeben.

Auch wenn dieser Existenzkampf Israels seine einmalige Geschichte - und gegenüber dem palästinensischen Volk einige problematische Aspekte - hat, ist er vorbildlich. Welche andere westliche Gesellschaft hätte diesem extremen Druck, dieser permanenten physischen Bedrohung über so viele Jahrzehnte standgehalten? Ein Grund dafür ist zweifellos die militärische Stärke, einschliesslich der atomaren Abschreckung. Das aber genügt nicht zum Überleben. Es braucht dazu die sinnstiftende Kraft der jüdischen Religion und Tradition. Ohne diese starken und lebendigen Wurzeln wäre der Staat Israel längst verschwunden oder zu einem kriminellen Gottesstaat verkommen. Beides ist bis heute nicht geschehen.

Ähnliches gilt für Europa und die gesamte westliche Welt. Damit wir in den künftigen Konflikten weder verrohen noch an ihnen zerbrechen, sind nicht nur technologisches Know-how, wirtschaftliche und militärische Stärke notwendig. Unsere Gesellschaft muss nicht nur auf diesen Gebieten besser sein als China, als die arabische Welt und als andere Feinde der Freiheit. Entscheidend wird auch sein, was wir aus unserem eigenen religiösen Erbe machen. Werfen wir es weg? Oder werden wir uns wieder bewusst, wie es der in Oxford lehrende Philosoph Larry Siedentop beschreibt («Die Erfindung des Individuums», 2015), dass unsere freie Welt ein gemeinsames Kind von Aufklärung und Christentum ist?

Michael Rüegg



Michael Rüegg, 48, ist promovierter Philosoph und Autor. 2016 ist sein Buch «Krise der Freiheit» im Schwabe-Verlag Basel erschienen. Darin plädiert er für ein gelassenes Verhältnis von Religion und westlicher Welt. Neben der publizistischen Tätigkeit unterrichtet er Philosophie und Religion an einem Gymnasium im Kanton St. Gallen.